

## Tagungsberichte

**„Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung“. Wissenschaftliche Tagung im Rahmen des Forschungsprojekts der EKD „Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland“ vom 19. bis 21. November 1998 im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.**

Die Tagung, die einen Überblick über erste Forschungsergebnisse eines Projektes bot, das der Rat der EKD Ende 1966 bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte eingerichtet hat, wurde eröffnet von der stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Leonore Siegele-Wenschkewitz und dem Leiter des Zentrums für zeithistorische Forschung, Prof. Dr. Christoph Kleßmann als Gastgeber. Bischof Dr. Axel Noack (Magdeburg) meinte in seinem kurzen statement namens des Rates der EKD, dieser wolle die wissenschaftliche Bearbeitung dieses Themas fördern, nachdem die Auseinandersetzungen bislang nur durch die Perspektive der Staatssicherheit bestimmt gewesen seien.

In seinem weitgespannten Eröffnungsreferat über *„Zwei Staaten – zwei Kirchen? Der Protestantismus in der deutschen Geschichte 1949–1989“* problematisierte **Prof. Dr. Dr. h.c. Trutz Rendtorff** (München) generelle Forschungs- und Deutungsprobleme, beleuchtete aber auch unter verschiedenen Stichworten Perspektiven und Tendenzen der Kirchen im geteilten Deutschland.

So untersuchte er die Selbständigkeit der beiden Kirchen im Vergleich und erörterte auch nachweisbare Wechselwirkungen, etwa bei der Diskussion um den Kirchensteuereinzug oder den Wegfall des Religionsunterrichts durch die Christenlehre, die im Westen als das der Kirche Gemäßere angesehen wurde.

Rendtorff verwies auf die besondere Gemeinschaft zwischen beiden Kirchen und die daraus folgende Begegnungskultur, die sich nicht ohne Ambivalenzen gestaltete. Von den gemeinsamen Worten von EKD und Kirchenbund von 1979 bis 1989 galten acht von neun dem Frieden, dem Identifikationsthema der Kirche in der DDR schlechthin. Rendtorff betonte die Bedeutung der großen Debatten (Wiederbewaffnung, Atomare Bewaffnung, Beitritt zur NATO, Faschismus-Debatte, Kapitalismus contra Sozialismus), die in den 40 Jahren, in denen zwei deutsche Staaten bestanden, stattgefunden haben. Diese seien vergleichend zu erforschen, denn daran entzündeten sich tiefgreifende Gegensätze in Politik und Kirche; an ihnen ließe sich die Tendenz zur mentalen Trennung innerhalb und zwischen den Kirchen ablesen. Entsprechend tiefgreifende Debatten konnten in der Kirche der DDR nicht geführt werden, da die dafür nötige freie Öffentlichkeit fehlte; sie zeigte sich als eine relativ geschlossene Kirche, als „Kirche im Sozialismus“.

Hinsichtlich weiterer Forschungen plädierte der Münchner Theologe für einen engen Austausch zwischen der kirchlichen und der allgemeinen Zeitgeschichte sowie einen Diskurs über die geschichtstheoretischen und theologischen Implikationen und Annahmen, von denen die Zielsetzung und die Methode der Forschungen geleitet seien. Hinter den Fragestellungen stünden Deutungsprobleme geschichtsphilosophischen und theologischen Ranges, die um die Selbstverständigung der Moderne mit den Beständen der Tradition kreisen; sie werden seit der Weimarer Zeit in den theologischen Auseinandersetzungen und kirchlichen Kämpfen reflektiert. Der Rechtsstaat und die liberale Demokratie können den Raum für diese Kontroversen offenhalten, sie haben nicht die Funktion, sie autoritativ zu beenden.

Um die Wechselwirkung von Protestantismus und politischer Positionierung ging es im Referat von **Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel** (Tübingen) über „*Die ideologische Blockbildung im Kalten Krieg und ihre Bedeutung für den westdeutschen Protestantismus in den 1950er und 1960er Jahren*“. Da die Folgen der Teilung 1945/49 und die antagonistische gesellschaftliche Entwicklung den Protestantismus stark geformt hätten, könne ohne dessen Analyse kein gesellschaftliches Profil gezeichnet werden.

Zur Veranschaulichung des innerprotestantischen Klärungsprozeß um eine neue Leitkultur – der letztlich unentschieden blieb – stellte der Tübinger Historiker die Positionen von Martin Niemöller, Gustav Heinemann sowie Karl Barth und in Abgrenzung dazu die des Kronberger Kreises vor, die miteinander in einem antifaschistischen Grundkonsens verbunden waren. In einer schematisierenden Gegenüberstellung machte er trotz der Gemeinsamkeit der skeptischen bzw. feindlich-distanzierten Haltung von Niemöller, Heinemann und Barth zum politisch-ideellen Ort der BRD im westlichen Blocksystem erhebliche Unterschiede in deren Auffassungen aus. Niemöller sei nach 1945 in seinen politischen Ansichten in den Positionen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges verharret; seine Aversion gegen den westlichen politischen Liberalismus war mit einer völligen Verständnislosigkeit gegenüber der Demokratie verbunden gewesen. Diese Einschätzung von Niemöller als Antidemokraten stieß im Plenum auf heftigen Widerspruch.

Im Gegensatz zu Barth und Niemöller sei Heinemann seit der Weimarer Republik ein erklärter Befürworter der parlamentarischen Demokratie und kein Gegner des westdeutschen Teilstaates gewesen. Aufgaben des Protestantismus lagen für ihn im Rückbezug auf die demokratische Tradition von 1848 und in der Anerkennung von Schuld als Grundlage der politischen Kultur, um auf diese Weise die Einheit der Nation sowie eine politisch-kulturelle Neuorientierung zu erreichen.

Der Schweizer Theologe Karl Barth sei zwar als Befürworter der Demokratie zu begreifen, seine Auffassungen davon aber waren sehr defizitär.

Mit dem Kronberger Kreis entstand 1951 (bis 1976) ein innerevangelischer, aktiver und wirkungsmächtiger Zirkel, der für den Nachkriegsprotestantismus zur Anpassungsagentur an die politischen Gegebenheiten der Bundesrepublik und an die ideellen Strömungen in der westdeutschen Gesellschaft wurde. Elemente des US-amerikanischen Konsensliberalismus, wie die Verneinung der These vom Antagonismus von Bourgeoisie und Proletariat oder die Akzeptanz der bündnispolitischen Einbindung in die westliche Allianz, fanden auch Eingang in die politischen Auffassungen westdeutscher Protagonisten. Bundeskanzler Willy Brandt repräsentierte beispielsweise das Gedankengebäude des Konsensliberalismus, mit dem auch eine positive Einstellung zu den Kirchen verknüpft war.

Die DDR war hingegen von anderen Prinzipien geprägt als die bürgerliche Bundesrepublik liberal-sozialen Zuschnitts. Dort fand seit 1954 ein Kampf der Staatspartei gegen Bürgerlichkeit und Kirchlichkeit statt.

„*Die Klammerfunktion der evangelischen Kirchen vor dem Hintergrund des politisch-gesellschaftlichen Wandels der 1950 und 1960er Jahre*“ untersuchte die Historikerin **Dr. Claudia Lepp** (München). Als letzte große institutionelle Klammer zwischen den auseinanderdriftenden deutsch-deutschen Gesellschaften versuchte die EKD während der 50er und 60er Jahre der Entfremdung und Fehlwahrnehmung, von denen sie selbst auch betroffen war, innerkirchlich wie innerdeutsch entgegenzusteuern. Formen der innerkirchlichen Verklammerung waren die Rechts- und Organisationsgemeinschaft, der materielle und ideelle Transfer sowie die Begegnungsarbeit. Von den Regierungen der beiden deutschen Staaten, die in der gesamtdeutschen Kirche ein Instrument ihrer Deutschlandpolitik sahen, wurde sie in ihren Bemühungen um den Erhalt kirchlicher Einheit gefördert bzw. behindert. Zwar konnte die EKD den multikausalen kirchlichen Teilungs- und Trennungsprozeß in Ost und West nicht umkehren, fand jedoch den Weg in die besondere Gemeinschaft.

Deutschlandpolitisch setzte sie seit Anfang der 60er Jahre vor allem auf die „menschliche Wiedervereinigung“. Vor dem Hintergrund einer bewußtseinswandelnden Diskussion um Nation und Nationalismus unter den Gesichtspunkten von Friedenssicherung und internationaler Solidarität nahm man 1968 noch gesamtdeutsch in der „Friedensstudie“ Abschied vom souveränen Nationalstaat als oberstem politischen Wert und bemühte sich um eine Neukonstruktion gesamtnationaler Identität auf dem Wege einer Pazifizierung und Demokratisierung des deutschen Nationalbewußtseins. Die argumentative Verklammerung von Frieden und Einheit in der Deutschlandfrage wurde umgekehrt: nicht mehr die Wiederherstellung deutscher Einheit erschien als Voraussetzung für den Frieden, sondern die zumindest temporäre Einwilligung in die staatliche Teilung.

In seinen Erwägungen unter dem Titel *„Geteilter Himmel? Der Aufstand vom 17. Juni 1953, der Mauerbau und die militärische Intervention in Prag als Herausforderungen für die politische Orientierung des deutschen Protestantismus“* bezeichnete **Prof. Dr. Peter Steinbach** (Berlin) Gedenktage als wesentlich für die Deutung der Vergangenheit. Als wichtige Jahrestage hinsichtlich der Reaktion der Kirche auf die Folgen der Teilung fixierte er die Ereignisse der Jahre 1953, 1956, 1961 und 1968. Die Kirche habe, so Steinbachs Kritik, zu den Angriffen auf die Grund- und Menschenrechte, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die an diesen Tagen stattfanden, geschwiegen. Auch später diene die Erinnerung an diese Tage in den Kirchen nicht ihrer politischen Orientierung. Da die Kirchen die Teilungsgeschichte akzeptierten, wurde keine offene Auseinandersetzung um deren menschenrechtliche Dimension geführt. Trotz der Einsicht, daß das Gebot der Stunde die Sicherung des Friedens gewesen war, zu der es aus den „Horizonten“ der Zeit keine Alternative gab, sollte heute das Unbehagen diskutiert werden, das sich im Rückblick darauf einstellt, wie Demokratien im Umgang mit den Diktaturen im 20. Jahrhundert reagierten und wie sie – etwa angesichts chinesischer Verhältnisse – noch heute reagieren.

Aus der Sicht des Religionssoziologen gab **Prof. Dr. Detlef Pollack** (Frankfurt/Oder) einen Sachstands- und Problembericht zur *„Religions- und Kirchensoziologie nach der politischen Wende“*. In religionssoziologischer Perspektive standen in der letzten Zeit Überlegungen zu Prozessen der Entkirchlichung bzw. der Säkularisierung in Ost- und Westdeutschland sowie dem Staat-Kirche-Verhältnis im Vordergrund. Die meisten Religionssoziologen verneinten die These, Entkirchlichung sei gleichbedeutend mit Säkularisierung, denn zum Traditionsabbruch in den Kirchen entstünden gleichzeitig neue Formen von Religion.

Für die Behandlung des Staat-Kirche-Verhältnisses seien diejenigen Veröffentlichungen besonders in den Blick zu nehmen, die der Kirche zu große Staatsnähe vorwerfen. In den Untersuchungen von Gerhard Besier etwa werde die Kirche nur als willfähiges Objekt angesehen, jede taktische Äußerung als ernsthafte Unterwerfung diskriminiert. Zwar verfüge Besier über ein beherrschendes Entlarvungsinteresse, versäume es aber gleichzeitig zu bedenken, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen die Kirchen in der DDR gehandelt haben und damit auch die Grenzen der Autonomiespielräume in den Blick zu nehmen. Die immer wieder herangezogene Obrigkeitsorientierung des deutschen Protestantismus muß nach Pollacks Ansicht heute differenziert gesehen werden, so hätten etwa die NS-Erfahrungen u.a. die Vertrauensfähigkeit vieler Pfarrer in die Obrigkeit zerstört.

Isoliert betrachtet überzeuge ihn keiner der vier Ansätze in der neueren Forschung: weder der biographiegeschichtliche (Neckel, Findeis), der ideengeschichtliche (Planer-Friedrich, Vollnhals, Graf), der gesellschaftstheoretische noch der milieutheoretische (Kleßmann, Neubert).

Um das Alternativschema von Anpassung und Verweigerung zu überwinden, sei es nötig, nach den politischen, gesellschaftlichen, kulturellen, aber auch theologischen Bedingungen in der DDR zu fragen.

In seinem Referat über „*Kirchlich-protestantische Milieus im deutsch-deutschen Vergleich*“ betonte **Prof. Dr. Christoph Kleßmann** (Potsdam) die Leistungsfähigkeit des Milieubegriffs für die kirchliche Zeitgeschichte, gerade auch für eine Analyse der DDR-Geschichte. Für beide deutsche Staaten bestünden hier aber erhebliche Forschungsdefizite, wobei der Akzent für die Bundesrepublik Deutschland eher auf Veränderung, für die DDR eher auf Resistenz zu liegen scheine.

Ein wesentliches Element zwischen den Polen Kontinuität und Rechristianisierung bilde das Pfarrhaus. Er hält es deshalb für nötig, künftig die politische Geschichte und diejenige der Institutionen durch Milieustudien zu erweitern und gleichzeitig mit Mentalitäts- und Sozialisationsgeschichte, aber auch der Ideen- und Ideologiegeschichte zu verbinden.

Einem Grundlagenbereich historischer Forschung widmete sich **Prof. Dr. Dr. Günther Wartenberg** (Leipzig) in seinem Referat über „*Landeskirchengeschichte und landeskirchliches Archivwesen im geteilten Deutschland*“. Er lenkte in seinen Ausführungen über die Landeskirchengeschichte sein besonderes Augenmerk auf den Neubeginn der Arbeit nach 1945 und die Bemühungen, gesamtdeutsche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Wichtige Zäsuren waren – gerade auch für das Archivwesen – der Mauerbau von 1961 und 1968/69 die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR.

Während nach 1945 die landeskirchengeschichtliche Arbeit im Westen relativ ungehindert weitergeführt werden konnte, kam es in der sowjetisch besetzten Zone – mit Ausnahme von Thüringen – zu einer grundsätzlichen Liquidation des Vereinswesens.

Die bereits seit 1936 funktionstüchtige Kirchliche Arbeitsgemeinschaft für Archivwesen, bestand unangefochten auch im Osten weiter, verstärkt durch das seit 1945 in Hannover arbeitende Archivamt unter Walther Lampe. Bis 1969 konnten Archivamt und Arbeitsgemeinschaft die verbindende Klammer zwischen den Kirchenarchiven in Ost und West bilden. Nach dem Mauerbau führte 1970 die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für kirchliches Archiv- und Bibliothekswesen beim Bund der evangelischen Kirchen in der DDR zur organisatorischen Trennung, die 1990 erfolgte Wiederaufnahme der Zusammenarbeit im Archivwesen ging nicht ohne ähnliche Konfliktstoffe wie 1947 vonstatten.

Die östlichen Arbeitskreise für Landeskirchengeschichte boten die Möglichkeit, Kultur und Geschichte außerhalb der offiziellen Darstellung zu erleben; dies machte ihre Attraktivität aus. Von daher könnten sie neben der klassischen Vereinsstruktur des Westens ein Modell für die Zukunft sein. Interessant für die weitere Forschung wäre eine biographische Darstellung der im Archivwesen Tätigen unter generationsspezifischen Gesichtspunkten.

„*Zum Verhältnis von Katholiken und Protestanten im geteilten Deutschland*“ sprach aus katholischer Sicht **Prof. Dr. Heinz Hürten** (Ingolstadt) und aus evangelischer Perspektive **Dr. habil. Hubert Kirchner** (Berlin).

Hürten stellte einleitend fest, daß momentan mehr Editionen über die katholische Kirche in der DDR als in der Bundesrepublik Deutschland vorlägen. In ihnen sei zwar das Verhältnis der Konfessionen untereinander vielfach berührt, aber noch nicht eigentlich zum Gegenstand gemacht worden. Deshalb könne er lediglich Rahmenbedingungen vorstellen, unter denen sich dieses Verhältnis gestaltete. Während in der Bundesrepublik Deutschland etwa Parität unter den Konfessionen herrschte, bildeten die Katholiken in der DDR nur eine kleine Minderheit. Der restriktive Charakter des katholischen Engagements in der DDR erkläre sich auch aus dieser Minderheitensituation. Im Westen hingegen entwickelte sich für das offizielle Verhältnis ein „festes Protokoll“; so wurden z. B. Kirchentage und Katholikentage jeweils aus dem anderen Lager beschickt. Hürten schloß seinen

Vortrag mit der Prognose, daß künftig die gemeinsame Minderheitensituation der Kirchen in der Gesellschaft deren Gemeinschaft vertiefen werde.

Nach Auffassung von Kirchner, Vertreter der Außenstelle des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim, konnte von einem wirklichen ökumenischen Bewußtsein nach dem Krieg noch keine Rede sein. Die Diasporasituation führte aber zu einem verstärkten Aufeinanderzugehen. Zu einem wichtigen Feld des Zusammenkommens entwickelte sich die Kirchenmusik. Seit 1958 gab es einen Pfarrererbeits- und Begegnungskreis. Beiderseitige ökumenische Kommissionen arbeiteten miteinander und unterhielten Kontakte zueinander. Das Spitzengespräch von 1978 und die Formel von der „Kirche im Sozialismus“ wirkte irritierend für die katholische Seite. Bischof Warnke (Erfurt) setzte sich behutsam für eine neue Bewertung der Situation ein und rief zum gemeinsamen Zeugnis angesichts der Menschheitsprobleme auf. Im Jahr der deutschen Einheit bedauerte der Berliner Kardinal Sterzinsky, daß man bisher keine Gemeinsamkeit gefunden hätte, die sozialetischen und gesellschaftspolitischen Fragen zu besprechen; er dankte den evangelischen Gemeinden für ihren Einsatz und sprach vom Versagen auf katholischer Seite. Kirchners Resümee lautete, daß beim evangelisch-katholischen Verhältnis in der DDR weniger von Ergebnissen auszugehen als auf einen Prozeß unter der Bedingung der Teilung Deutschlands zu verweisen sei, der zu je eigenen Positionsbestimmungen herausforderte.

In seinem Vortrag „*Das Leitbild Demokratie. Konvergenzen und Differenzen in den Positionen der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR*“ ging OKR Prof. Dr. Harald Schultze (Magdeburg) davon aus, daß es in beiden Kirchen einen Demokratisierungsprozeß gegeben habe, wenngleich die politischen Rahmenbedingungen unterschiedlich gewesen seien.

Unter Berufung auf Doering-Manteuffel wies er darauf hin, wie spät sich führende evangelische Persönlichkeiten in der Bundesrepublik auf die demokratische Staatsform eingestellt hätten. Die EKD agierte zwar auf demokratischer Grundlage, habe sich allerdings erst 1985 mit ihrer Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ grundsätzlich zur Demokratie geäußert.

Der Kampf um die Menschenrechte bildete ein Leitthema in der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen; auch im Kampf um die Religionsrechte leisteten die DDR-Kirchen nach Auffassung Schultzes Exemplarisches.

In der Diskussion beharrte Schultze auch nach kritischen Rückfragen darauf, daß es in der Bundesrepublik Diskrepanzen zwischen Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit gegeben habe. Die Christen in der DDR lebten hingegen zwar in einer scheindemokratischen Verfassung, von dort aus aber sollten weitere Grundrechte durchgesetzt werden. Die Rolle einer Oppositionspartei konnte und wollte die Kirche jedoch nicht übernehmen.

Mit seinem öffentlichen Vortrag „*Kirche und Öffentlichkeit. Zwischen Medienwirklichkeit und Alltagserfahrung in der DDR und in der Bonner Republik*“ lieferte Bischof i.R. Dr. Christoph Demke (Berlin) einen kritischen, erfahrungsgesättigten Bericht. Er beschrieb die weitgehende Verdrängung von Religion aus der medialen Öffentlichkeit in der DDR, gab jedoch auch zu bedenken, daß die Kirche in der Bundesrepublik Deutschland sich in einem Kommunikationsghetto befand bzw. befindet, denn das Problem des Hinhörens sei auch ein Problem der pluralen Gesellschaft. Die „Vergleichgültigung“ der öffentlichen Wahrnehmung von Religion, so Demke, sei Ausdruck der „bürgerlichen Zeit“, nicht des Marxismus.

Gertraud Grünzinger M.A.